next:public

Souveränitätsbarometer der öffentlichen IT

Eine Studie zur digitalen Souveränität in der Verwaltung

UNTERSTÜTZT VON

dataport GOVDIGITAL infora NEXT MACH Verwaltung macht Zukunft MATERNA

WISSENSCHAFTLICHER PARTNER

Kompetenzzentrum Öffentliche IT

EINE INITIATIVE VON

next:public

next:public – wir sprechen Verwaltung

Wir sind eine Beratungs- und Kommunikationsagentur mit Leidenschaft für Projekte im und für den öffentlichen Sektor. Wir bieten Institutionen und Unternehmen maßgeschneiderte Lösungen aus einer Hand – von der strategischen Konzeption bis zur medienübergreifenden Umsetzung.

Studien & Research

Wie kann Künstliche Intelligenz die Verwaltung entlasten? Wie hoch ist die Weiterempfehlungsrate des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber? Und wie viele Verwaltungsprozesse sind bereits Ende-zu-Ende digitalisiert? Die Studien von next:public liefern fundierte Antworten und wertvolle Insights zu den zentralen Herausforderungen und Chancen der Verwaltungsmodernisierung.

Publikationen

Barometer Digitale Verwaltung – Zwischen Anforderungen der Gegenwart und Herausforderungen der Zukunft

→ Barometer Digitale Verwaltung (2024)

Bleibebarometer Öffentlicher Dienst – Eine Befragung zu Bindungsfaktoren im Öffentlichen Dienst:

→ Bleibebarometer Öffentlicher Dienst (2022)

Verwaltung in Krisenzeiten: Eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Öffentlichen Dienst:

→ Teil I (2020)
→ Teil II (2021)

Sie haben Interesse gemeinsam mit uns eine Studie zu veröffentlichen? Schreiben Sie uns gerne an **info@nextpublic.de.**

Inhalt

Einleitung 04

#1

Der unsichtbare Rahmen –
Ein Blick in die IT-Landschaft der Verwaltung 10

#2

Bäumchen wechsel dich– oder auch nicht 16

#3

Gestaltungsspielräume und Kompetenzen:
zwischen Anspruch und Wirklichkeit 22

Exkurs I – Öffentliche IT-Dienstleister 24

Exkurs II – Öffentliche IT-Dienstleister 32

#4

Viele Wünsche und einige Maßnahmen 34

Handlungsempfehlungen 40

Partnerdarstellungen 43

Einleitung

Digitale Souveränität ist längst kein Zukunftsthema mehr, sondern eine zentrale Voraussetzung für staatliche Handlungsfähigkeit im 21. Jahrhundert. In einer zunehmend vernetzten Welt entscheidet sich die politische und administrative Unabhängigkeit auch daran, wer über kritische IT-Infrastrukturen, Daten und Technologien verfügt und wer sie gestaltet.

In den vergangenen Jahren haben geopolitische Spannungen, Cyberangriffe und Lieferkettenrisiken die Verwundbarkeit global vernetzter Systeme offengelegt. Eine digitalisierte Verwaltung ist davon nicht ausgenommen: Jedes neue Verfahren, jeder Cloud-Dienst und jedes Softwareupdate kann potentiell neue Abhängigkeiten bedeuten, die im schlimmsten Fall die Handlungsfähigkeit gefährden.

Deutschland und Europa haben auf diese Entwicklung reagiert: mit Strategien zu GAIA-X, dem europäischen Cloud-Ökosystem, mit Förderprogrammen für Open Source und mit Debatten über technologische Unabhängigkeit. Doch die entscheidende Frage lautet: **Wie souverän ist die öffentliche IT tatsächlich – jenseits politischer Leitbilder und strategischer Erklärungen?**

Das *Souveränitätsbarometer der öffentlichen IT* geht dieser Frage empirisch nach. Es untersucht, welche Technologien Verwaltungen heute nutzen, wo sie von internationalen Anbietern abhängig sind, welche Gestaltungs- und Wechselmöglichkeiten bestehen und wie die institutionellen Voraussetzungen für souveräne IT-Entwicklung aussehen.

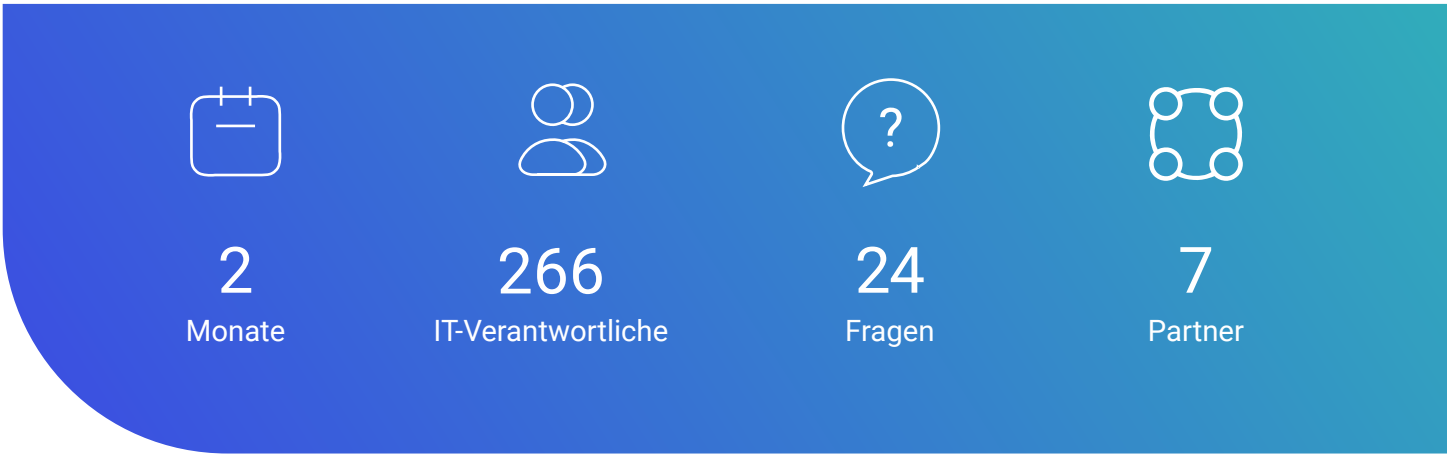
Die Studie basiert auf einer quantitativen Befragung von IT-Verantwortlichen aus der öffentlichen Verwaltung und von IT-Dienstleistern in Bund, Ländern und Kommunen. Ziel ist es, ein realistisches Lagebild zu zeichnen, das die Praxis der Verwaltung ebenso abbildet wie strukturelle Herausforderungen und Handlungsspielräume.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihr Team der next:public

Daten & Fakten

Die Befragung wurde nach gängigen wissenschaftlichen Standards entworfen und getestet. Die Qualitätskontrolle hierfür erfolgte durch das Kompetenzzentrum Öffentliche IT (ÖFIT). Erhebungsmethode: Webgestützte Umfrage via LamaPoll im Erhebungszeitraum 04. August 2025 bis 06. Oktober 2025. Versendung der Befragung durch unsere Partner, per Mail an Funktionspostfächer der IT-Abteilungen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene durch next:public, Aufruf über Social Media und durch weitere öffentlichkeitswirksame Aufrufe wie beispielsweise Newsletter oder Anzeigen in Fachmedien mit IT-Bezug.



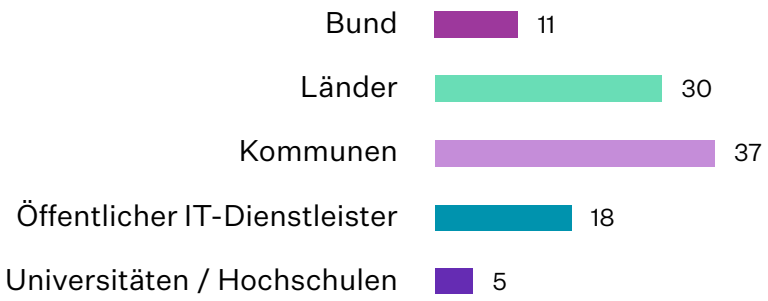
Insgesamt haben 266 IT-Verantwortliche aller Ebenen aus ganz Deutschland an der Umfrage teilgenommen. Die Anzahl der Teilnehmenden reduziert sich durch Abbruch oder Nicht-Beantwortung im Laufe der Umfrage. Die Ergebnisse einzelner Fragen, beziehen sich immer auf die Anzahl der Personen, die die entsprechende Frage beantwortet haben.

Zusammensetzung der Befragten

Die Studie umfasst Antworten aus Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen sowie von öffentlichen IT-Dienstleistern und Universitäten beziehungsweise Hochschulen und bildet damit die föderale Breite der öffentlichen IT ab. Die teilnehmenden Organisationen reichen von kleinen kommunalen IT-Einheiten bis hin zu großen Landes- und Bundesbehörden. Entsprechend vielfältig sind auch die Strukturen der IT-Abteilungen, die von wenigen Mitarbeitenden bis hin zu umfangreichen Teams reichen und ein realistisches Bild der deutschen Verwaltungs-IT zeichnen.

MEIN DIENSTHERR IST

Angaben in %



Executive Summary

Auf einen Blick: Zwischen Serverraum und Souveränität

Die Ergebnisse des Souveränitätsbarometers der öffentlichen IT 2025 zeigen: Die deutsche Verwaltung steht an einem Wendepunkt. Der Weg in die Cloud ist unausweichlich – und bietet zugleich die Chance, Modernisierung und Souveränität zusammenzudenken.

Zwischen Vielfalt und Abhängigkeit

Die Verwaltungen nutzen heute ein breites Technologieportfolio: 84 % setzen auf proprietäre Software deutscher oder europäischer Anbieter, 78 % auf internationale Lösungen, 73 % auf Open Source. Doch Vielfalt bedeutet nicht Unabhängigkeit – 65 % der Befragten bewerten ihre Abhängigkeit von außereuropäischen IT-Anbietern als stark oder sehr stark. Besonders betroffen sind Kommunen (70 %).

Standardsoftware als Nadelöhr

Die größten Abhängigkeiten bestehen dort, wo alltägliche Arbeit passiert: bei Bürosoftware (81 %), Betriebssystemen (77 %) und Kollaborationstools (47 %). Fachverfahren bilden mit nur 19 % die Ausnahme – hier greifen Verwaltungen häufiger auf nationale oder selbst entwickelte Lösungen zurück.

Der Lock-in als Systemzustand

Nur 4–5 % der Verwaltungen können IT-Lösungen flexibel wechseln. Hauptgründe: technische Komplexität (70 %), fehlende Alternativen (65 %) und proprietäre Schnittstellen (62 %).

Mehr als 40 % der Verwaltungen können weniger als ein Viertel ihrer Fachverfahren oder Plattformdienste intern oder durch öffentliche IT-Dienstleister anpassen. Fehlende Ressourcen, Kompetenzlücken und externe Abhängigkeiten schränken die Selbstbestimmung zusätzlich ein.

Souveräne Cloudifizierung als Schlüssel

Zwei Drittel der Software in Verwaltungen laufen noch On-Premise[1] – in Serverräumen, auf lokalen Infrastrukturen, in historisch gewachsenen Systemlandschaften.
Wenn Verwaltungen ihre IT jetzt konsequent cloudifizieren – und das souverän tun, gelingt ihnen ein doppelter Fortschritt: Sie modernisieren ihre Infrastruktur und stärken zugleich ihre Unabhängigkeit.

Souveräne Cloud-Projekte wie die Deutsche Verwaltungscloud, die Pädagogische Cloud-Infrastruktur (PCI) oder die Justizcloud bieten dafür die strukturelle Basis – sie gilt es jetzt gezielt auszubauen und zu nutzen.

Definition Digitale Souveränität

Digitale Souveränität wird heute sehr unterschiedlich verstanden. Manche sehen darin vor allem technische Kontrolle, andere betonen die Unabhängigkeit von einzelnen Anbietern oder die Fähigkeit, eigene Lösungen weiterzuentwickeln. Um in dieser Studie ein gemeinsames Verständnis zu schaffen, nutzen wir folgende Definition:

Digitale Souveränität bezeichnet die Fähigkeit von Institutionen, ihre IT-Systeme und Daten unabhängig, selbstbestimmt und sicher zu betreiben – insbesondere durch Wechsel-, Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten gegenüber Anbietern. Grundlage ist der Beschluss 2021/09 des IT-Planungsrats.

[1] Hinweis: In der Befragung wurde nicht zwischen Lizenzmodell und Betriebsform unterschieden. In der öffentlichen Verwaltung stehen proprietäre Lösungen jedoch häufig für klassisch On-Premise betriebene Systeme, weshalb diese Kategorie als Näherung für On-Premise genutzt wird.

Drei Modelle zur Zusammenarbeit der öffentlichen IT-Dienstleister:

Cooperation-as-a-Service: Bereitstellung einer standardisierten Kooperationsmöglichkeit zwischen öffentlichen IT-Dienstleistern und ihren Trägern für beliebige Vorhaben der Verwaltungsdigitalisierung – von Entwicklung bis zum Betrieb. In 2024 haben wir 54 derartige Kooperationen schnell und unkompliziert abgewickelt.

Plattformen: Die Genossenschaft errichtet und betreibt im Auftrag von Bund und Ländern Plattformen, die bundeweit für die digitale Verwaltung zur Verfügung stehen sollen, u. a. einen Marktplatz für Online-Services, die Deutsche Verwaltungscloud und eine Pädagogische Cloud-Infrastruktur für die Schulen in sechs Bundesländern.

Genossenschafts-Services: Auf den drei Innovationsfeldern Cloud, KI und Cybersicherheit entwickelt govdigital Services, die den Mitgliedern helfen, die jeweilige Herausforderung zu bewältigen. Damit entlastet sie die einzelnen Mitglieder, indem sie solche Leistungen arbeitsteilig organisiert. Beispiele sind ein gemeinsamer Cloud-Broker, eine Malware Information Sharing Platform, ein KI-Ökosystem mit GenAI-Sandbox, ein verteilter Kubernetes-Cluster.

Jede dieser Leistungen ist als Innovationsvorhaben gestartet und wurde bzw. wird zu einem professionellen Business Service der govdigital ausgebaut, der den Mitgliedern und ihren Trägern zur Verfügung steht.

#1 Der unsichtbare Rahmen - Ein Blick in die IT-Landschaft der Verwaltung

Digitale Souveränität beginnt nicht mit großen Strategien, sondern mit den Systemen, die täglich in den Verwaltungen genutzt werden. Bevor wir die Befunde im Detail betrachten, zeigt ein erster Blick: Die öffentliche IT ist vielfältig, dynamisch, aber selten aus einem Guss.

Das Souveränitätsbarometer zeichnet ein klares Bild dieser Vielfalt: Die meisten Verwaltungen setzen auf einen breiten Mix unterschiedlicher Technologien. 84 % der befragten Organisationen nutzen proprietäre Software deutscher oder europäischer Anbieter, 78 % setzen zusätzlich auf internationale Lösungen. Drei Viertel (73 %) ergänzen diesen Technologiemix durch Open-Source-Komponenten. Auch Cloud-Dienste gewinnen an Bedeutung – 64 % verwenden Angebote europäischer oder deutscher Anbieter, während 42 % internationale Clouds einsetzen.

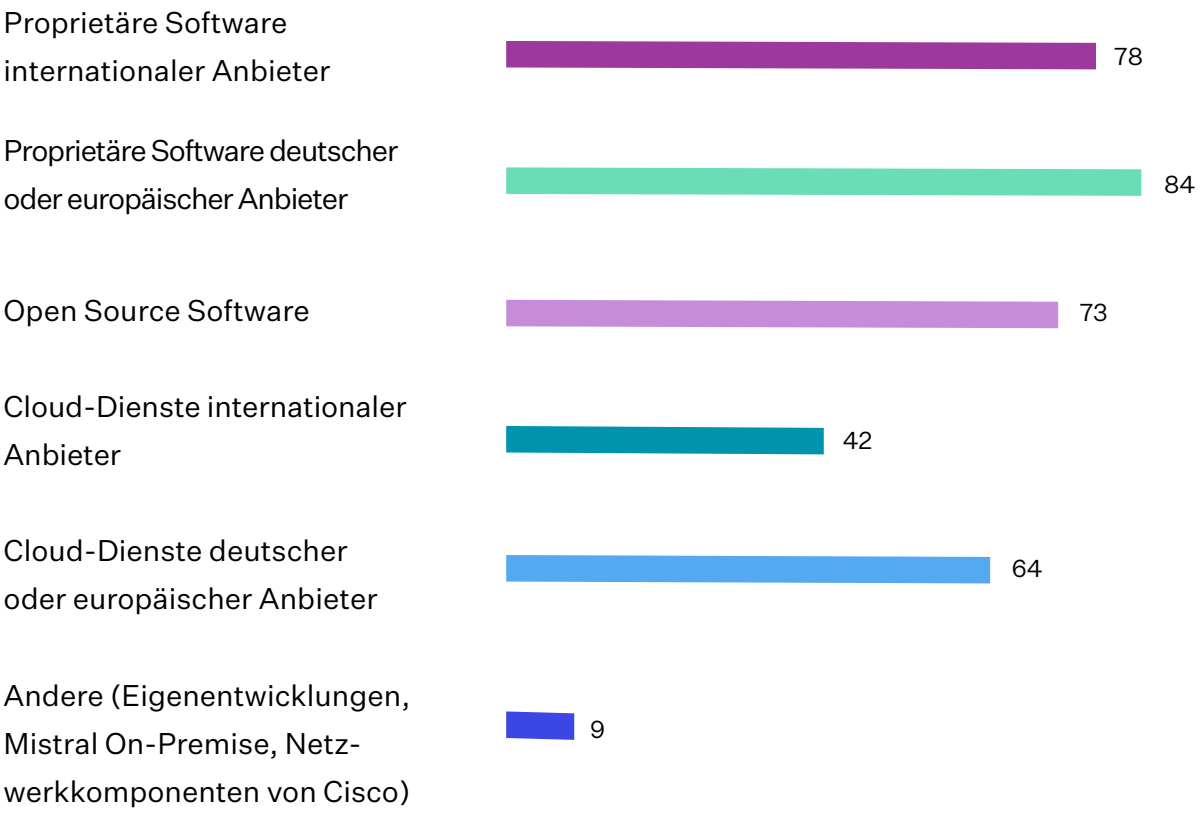
Im Ebenenvergleich fällt dabei auf, dass die Kommunalebene Cloud-Lösungen am stärksten und die Landesebene am seltensten nutzt.

Welche Arten von IT-Lösungen setzen Sie derzeit ein?

ARTEN VON IT-LÖSUNGEN IM EINSATZ

Angaben in %

(Mehrfachantworten möglich)



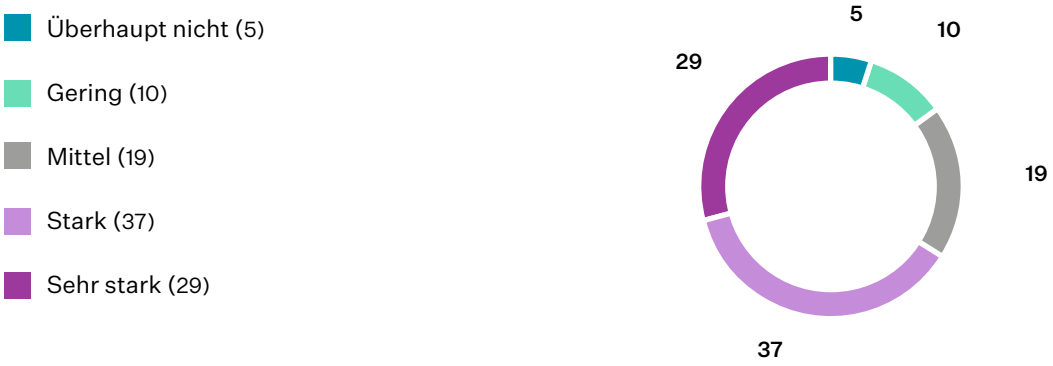
Diese Zahlen zeigen, dass Verwaltungen längst nicht mehr monolithisch agieren. Stattdessen hat sich eine hybride IT-Landschaft etabliert, die aus praktischer Sicht zwar funktionsfähig ist, aus strategischer Sicht aber problematisch. Denn: Die parallele Nutzung verschiedener Systeme bedeutet nicht automatisch Unabhängigkeit. Im Gegenteil, sie kann Abhängigkeiten verstärken, wenn die zentrale Infrastruktur auf proprietären oder außereuropäischen Standards beruht.

Besonders deutlich wird dies bei der Selbsteinschätzung der Befragten nach der Abhängigkeit ihrer Organisation von IT-Lösungen von internationalen, außereuropäischen Anbietern.

Wie stark ist Ihre Organisation derzeit von IT-Lösungen internationaler, außereuropäischer Anbieter abhängig?

ABHÄNGIGKEIT

Angaben in %



Knapp zwei Drittel (65 %) der Befragten bewerten die Abhängigkeit ihrer Organisation von internationalen, außereuropäischen IT-Anbietern als stark oder sehr stark. Nur knapp fünf Prozent geben an, überhaupt nicht abhängig zu sein, weitere zehn % in geringem Maße.

Im Ebenenvergleich proklamiert die Kommunalebene die stärkste Abhängigkeit von internationalen und außereuropäischen IT-Anbietern (70 %), während die Bundesebene mit 63 % und die Landesebene mit 58 %, diese Abhängigkeit etwas weniger stark wahrnehmen.

Zwischen Bürosoftware und Fachverfahren: Abhängigkeiten im Blick

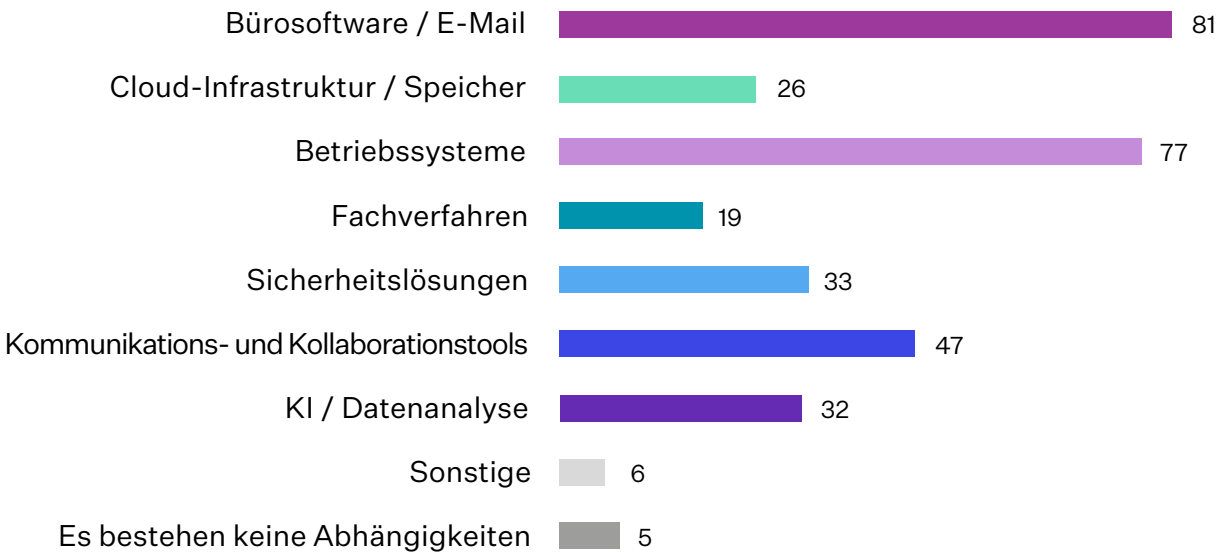
Die Analyse der Umfrage zeigt, dass die Abhängigkeiten von internationalen und außereuropäischen IT-Anbietern nicht gleichmäßig über alle IT-Bereiche verteilt sind, sondern sich stark auf bestimmte Standardlösungen konzentrieren. Bürosoftware (81 %) und Betriebssysteme (77 %) bilden dabei die Spitzenreiter. Auch Kommunikations- und Kollaborationstools zeigen mit 47 % eine deutliche Abhängigkeit. Diese Ergebnisse spiegeln die langfristige Etablierung internationaler Standards wider, die insbesondere in heterogenen IT-Landschaften wie der öffentlichen Verwaltung schwer zu umgehen sind.

Im Gegensatz dazu zeigt sich bei Fachverfahren – insbesondere auf Kommunalebene - eine deutlich geringere Abhängigkeit (19 %). Dies lässt sich vor allem damit erklären, dass viele Fachverfahren von öffentlichen oder vergleichsweise kleineren privatwirtschaftlichen IT-Dienstleistern bereitgestellt werden, die auf souveräne, oft national oder europäisch geprägte Lösungen setzen. Hier entstehen weniger direkte Abhängigkeiten von internationalen Anbietern, auch wenn indirekte Einflüsse durch Betriebssysteme, Datenbanken oder Schnittstellen bestehen können.

Für welche Bereiche besteht diese Abhängigkeit besonders?

ABHÄNGIGKEIT VON IT-LÖSUNGEN

Angaben in %



Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Abhängigkeit von internationalen IT-Anbietern vor allem dort hoch ist, wo Standardsoftware dominiert und Lösungen durch internationale Marktführer quasi vorgegeben sind.

Einschränkend soll an dieser Stelle erwähnt werden, dass die Befragung hinsichtlich der Abhängigkeit von Cloud-Infrastrukturen und KI-Anwendungen vermutlich eher eine Abbildung der tatsächlichen Nutzungszahlen darstellt und die de-facto Abhängigkeit ungleich größer ist.

#2 Bäumchen wechsel dich – oder auch nicht?

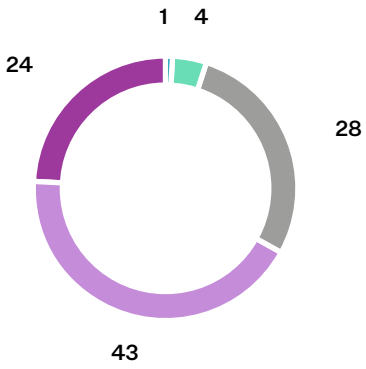
Ein Blick in die Praxis zeigt, dass die starke Abhängigkeit von internationalen IT-Anbietern zusätzlich durch eine geringe Wechselfähigkeit verschärft wird. Nur 4 % der Verwaltungen geben an, beim Wechsel von internationalen IT-Lösungen flexibel agieren zu können. Rund zwei Drittel der Befragten sehen diese Wechselmöglichkeit dagegen als unflexibel oder sehr unflexibel. Aber auch ein Wechsel weg von europäischen Anbietern ist nur begrenzt möglich: Lediglich 5 % halten einen Anbieterwechsel ohne größere Schwierigkeiten für realistisch. Diese Werte verdeutlichen, dass Marktmacht, Lizenzmodelle und technische Komplexität Wechselbarrieren schaffen, die selbst bei vorhandener Motivation nur schwer überwindbar sind.

Wie flexibel könnten Sie derzeit von IT-Lösungen internationaler (außereuropäischer) Anbieter wechseln?

FLEXIBILITÄT

Angaben in %

- Sehr flexibel (1)
- Flexibel (4)
- Teilweise (28)
- Unflexibel (43)
- Sehr unflexibel (24)

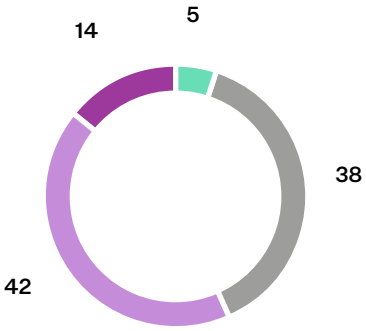


Wie flexibel könnten Sie derzeit von IT-Lösungen deutscher oder europäischer Anbieter wechseln?

FLEXIBILITÄT

Angaben in %

- Sehr flexibel (0)
- Flexibel (5)
- Teilweise (38)
- Unflexibel (42)
- Sehr unflexibel (14)



Die Einschätzung der Ersetzbarkeit zentraler Anwendungen fällt entsprechend pessimistisch aus. Mehr als die Hälfte der IT-Verantwortlichen (55 %) geben an, weniger als ein Viertel ihrer zentralen IT-Anwendungen mit überschaubarem Aufwand ersetzen zu können. Nur 3 % halten es für realistisch, mehr als drei Viertel der Anwendungen zu ersetzen.

Selbst wenn Verwaltungen den Willen haben, bestehende IT-Systeme zu wechseln, stoßen sie schnell an Grenzen. Die Hürden sind vielfältig, zumeist aber technisch und organisatorisch geprägt.

So geben 70 % der Befragten an, dass die technische Komplexität einen Anbieterwechsel erschwert. Gleichzeitig geben 65 % der Befragten an, dass es de facto keine Alternativen gibt und ein Anbieterwechsel daher grundsätzlich schwierig ist.

Ein weiterer zentraler Faktor sind die proprietären Schnittstellen: Zwei Drittel der Verwaltungen (62 %) stufen sie als eher oder sehr relevante Wechselhürde ein. Schnittstellen, die nur mit bestimmten Systemen funktionieren, führen dazu, dass selbst der Austausch einzelner Teile einer IT-Landschaft kaum möglich ist, ohne umfangreiche Anpassungen oder Neuimplementierungen vorzunehmen. Auch hohe Wechselkosten (63 % eher oder sehr relevant) spielen eine erhebliche Rolle.

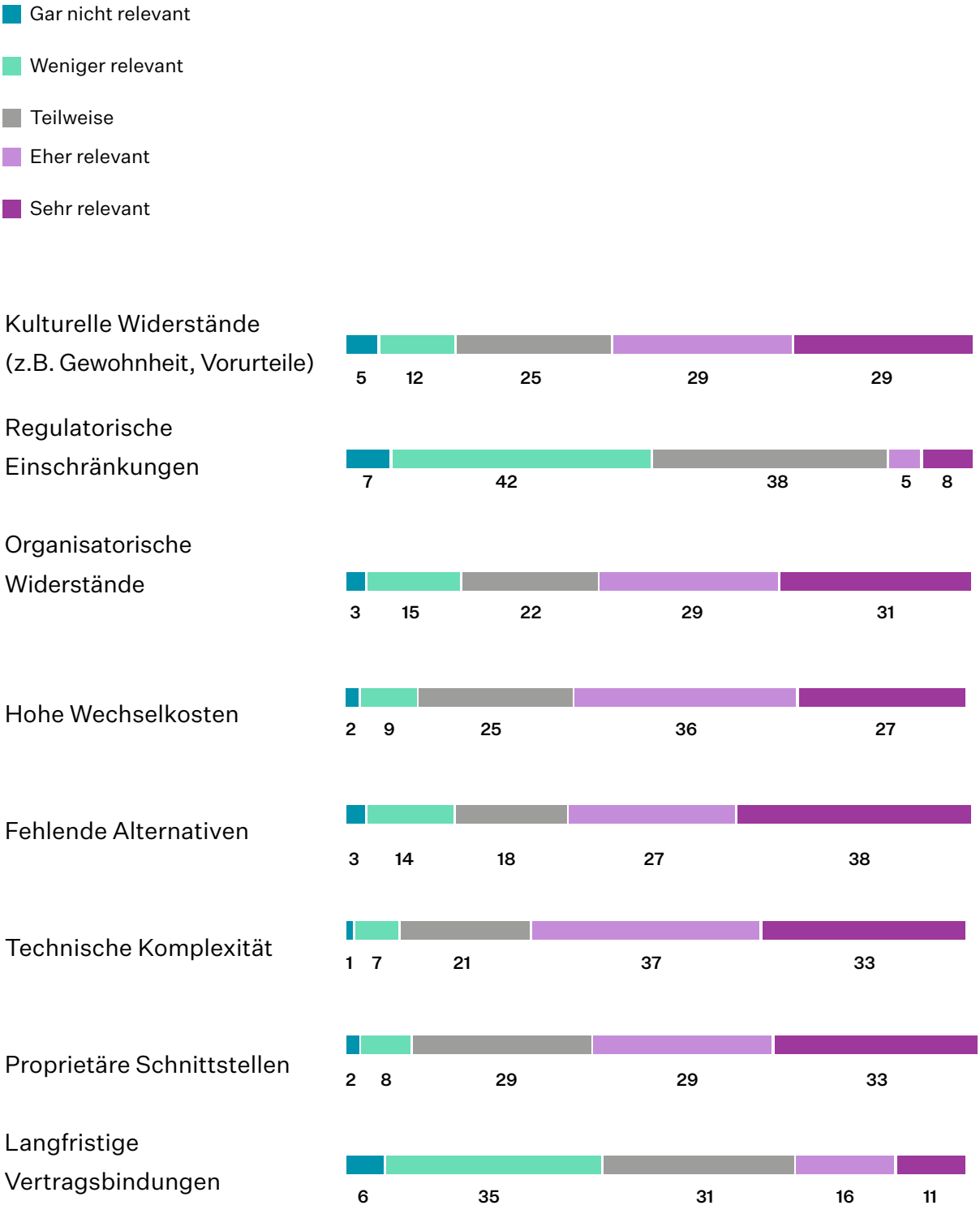
Auf der organisatorischen Ebene kommen interne Widerstände hinzu: 60 % der Verwaltungen sehen organisatorische oder kulturelle Widerstände wie etwa eingespielte Routinen, Vorurteile gegenüber neuen Systemen oder schlicht die Angst vor Störungen als relevante Hürde.

Andere Faktoren wie langfristige Vertragsbindungen (nur 27 % eher oder sehr relevant) oder regulatorische Einschränkungen (13 %) spielen im Vergleich eine geringere Rolle.

Welche Hürden erschweren den Anbieterwechsel?

HÜRDEN BEIM ANBIETERWECHSEL

Angaben in %



Die genannten Faktoren sind nicht neu, aber sie wirken in der aktuellen Transformationsphase besonders stark. Die zunehmende Integration von KI, Cloud und Plattformlogiken verknüpft Systeme enger miteinander und erhöht so die Abhängigkeit von Anbietern, die diese Plattformen kontrollieren.

Der Lock-in ist damit nicht nur ein technologisches, sondern ein strategisches Governance-Problem. Er verhindert Wettbewerb, erschwert Innovationen und bindet Ressourcen, die eigentlich für den Wandel gebraucht würden

Impuls

Souveräne und resiliente Cloud für die öffentliche Verwaltung – mit Materna

Die Studie „Souveränitätsbarometer“ macht deutlich: Digitale Souveränität ist ein Schlüsselthema für die öffentliche Verwaltung. So wollen beispielsweise 61 % der befragten Verwaltungsmitarbeitenden verstärkt auf europäische Cloud-angebote setzen, um Ihre digitale Souveränität zu stärken.

Materna ist Sponsor dieser Studie und sorgt als IT-Dienstleister dafür, dass Verwaltungen die Kontrolle über Daten und Prozesse behalten und gleichzeitig die Vorteile moderner Cloud-Technologien nutzen. Digitale Souveränität bedeutet: Datenhaltung in Deutschland oder der EU, offene Standards als auch Open Source können dazu beitragen, Verwaltungen vor ungewünschten, unkontrollierbaren Abhängigkeiten zu schützen. Mit einer Umsetzung entlang der Deutschen Verwaltungscloud-Strategie (DVS) lassen sich diese Abhängigkeiten vermeiden.

Für Resilienz setzt Materna auf Multi-Cloud- und Hybrid-Modelle, Container-Technologien wie Kubernetes sowie hochverfügbare Architekturen. So können kritische Anwendungen und schützenswerte Daten (VS-NfD) sicher in staatlichen Rechenzentren betrieben werden, während weniger sensible Dienste flexibel ausgelagert werden.

Materna begleitet den gesamten Prozess – von der Analyse des Reifegrads über Proof of Concepts in souveränen Cloud-Umgebungen (z. B. IONOS, STACKIT) bis hin zur strategischen Migration. Das Ergebnis: Eine zukunftsfähige, unabhängige und krisenfeste IT-Infrastruktur, die die digitale Verwaltung nachhaltig stärkt.

#3 Gestaltungsspielräume und Kompetenzen: zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Digitale Souveränität hängt nicht nur davon ab, welche Technologien genutzt werden, sondern auch davon, wie stark Verwaltungen ihre Systeme gestalten können. Erst wenn Organisationen in der Lage sind, eigene Anforderungen umzusetzen, entsteht echte Unabhängigkeit.

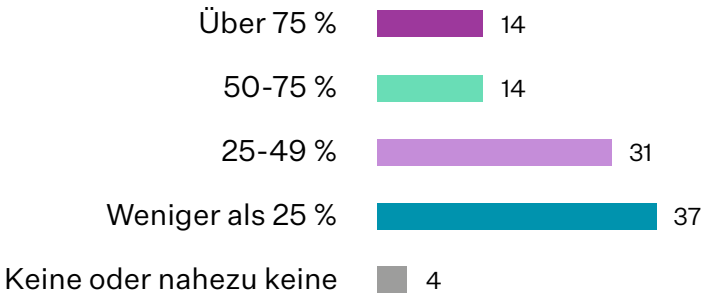
Mit einem Blick auf die Ergebnisse, zeigt sich neben der technischen Ebene ein zweites, strukturelles Defizit: die begrenzte Fähigkeit der Verwaltungen, IT-Lösungen selbst anzupassen oder weiterzuentwickeln.

Nur 14 % der Befragten geben an, dass ihre Organisation über 75 % ihrer Fachverfahren oder Plattformdienste intern oder durch öffentliche IT-Dienstleister anpassen können. Für mehr als 40 % liegt dieser Anteil unter 25 % – also nahezu keine Anpassungsfähigkeit.

Welcher Anteil der von Ihnen genutzten Fachverfahren oder Plattformdienste kann intern oder durch Ihren öffentlichen IT-Dienstleister angepasst werden?

INTERNE ANPASSUNG

Angaben in %



Parallel dazu sind die erforderlichen Kompetenzen, um die Systeme weiterzuentwickeln und anzupassen, in den Verwaltungen selbst nur bedingt vorhanden. Lediglich ein Viertel der Befragten verfügt nach eigener Einschätzung über umfassende oder weitreichende Kompetenzen zur Weiterentwicklung ihrer Systeme. Die Mehrheit (78 %) gibt an, Kompetenzen seien nur teilweise, kaum oder gar nicht vorhanden. In kleineren Verwaltungseinheiten, welche im IT-Bereich ohnehin um qualifiziertes Fachpersonal ringen, dürfte sich dieses Kompetenzdefizit weiter verschärfen.

Zitat eines Teilnehmenden:

»Eine bessere IT-Ausbildung für alle Beschäftigten würde viele Prozesse erheblich erleichtern. Anforderungen und Umsetzung werden über alle Ebenen hinweg nur begrenzt verstanden – und mit jeder neuen Anwendung entstehen zusätzliche Hürden, die den Einsatz neuer Lösungen erschweren.«

Exkurs I – Öffentliche IT-Dienstleister*

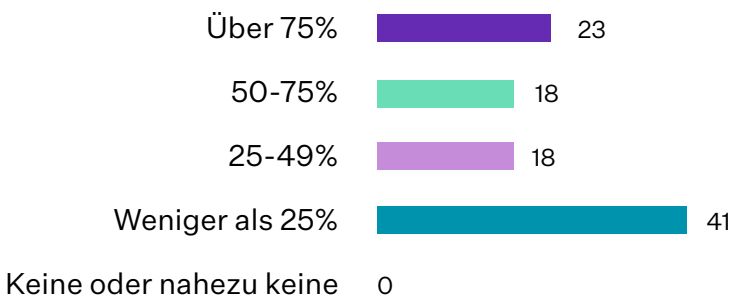
Öffentliche IT-Dienstleister als strategische Pufferzone – mit begrenzter Reichweite

Öffentliche IT-Dienstleister nehmen in der digitalen Verwaltung eine zentrale Rolle ein: Sie bilden die strategische Pufferzone zwischen den Verwaltungen und (internationalen) privatwirtschaftlichen IT-Anbietern. Ihre Aufgabe ist es, technische Souveränität zu sichern, Standardlösungen an Verwaltungsbedarfe anzupassen und bei Bedarf eigene Entwicklungen voranzutreiben. Doch die Daten zeigen: Diese Rolle ist anspruchsvoll.

Welcher Anteil der von Ihnen angebotenen Fachverfahren oder Plattformdienste kann durch Ihr Haus angepasst oder weiterentwickelt werden?

HAUSEIGENE ANPASSUNG

Angaben in %



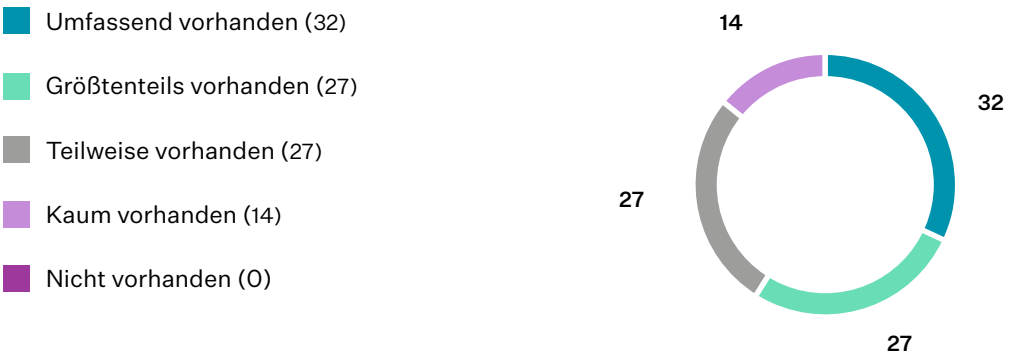
* Die Befunde der Exkurse basieren auf einem eigenständigen Fragenblock, der nur von öffentlichen IT-Dienstleistern beantwortet wurde.

Zwar verfügen 23 % der IT-Dienstleister über die Fähigkeit, mehr als drei Viertel ihrer Fachverfahren oder Plattformdienste eigenständig anzupassen oder weiterzuentwickeln, weitere 18 % bewegen sich im Bereich zwischen 50 % und 75 %. Für 41 % liegt der Anteil jedoch unter 25 %. Das bedeutet: Selbst unter den spezialisierten öffentlichen IT-Dienstleistern ist die umfassende Gestaltungsfähigkeit eher die Ausnahme als der Regelfall.

In welchem Ausmaß sind die erforderlichen Kompetenzen zur Weiterentwicklung der Systeme Ihrer Kunden (Verwaltungen) in Ihrem Haus vorhanden?

HAUSEIGENE ANPASSUNG

Angaben in %



Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Kompetenzen zur Weiterentwicklung der Systeme ihrer Kunden. Ein Drittel (32 %) bezeichnet diese als umfassend vorhanden, weitere 27 % als größtenteils vorhanden. Damit verfügen zwar viele Dienstleister über solide Grundlagen, doch angesichts ihrer Schlüsselfunktion in der digitalen Souveränität des öffentlichen Sektors fällt das Niveau insgesamt weniger stark aus, als es strategisch notwendig wäre.

Diese Werte machen deutlich, dass die öffentlichen IT-Dienstleister zwar eine tragende Säule, aber keine allmächtige Instanz sind. Sie fangen Defizite in den Verwaltungen auf, stoßen jedoch selbst an Kapazitäts- und Kompetenzgrenzen.

Eingeschränkte Gestaltungsspielräume für Verwaltungen – strukturelle Abhängigkeiten als Alltag

Wenn Verwaltungen den Willen haben, ihre IT selbst zu gestalten, stoßen sie, neben den zuvor genannten Kompetenzdefiziten, oft an ihre Grenzen. Nicht, weil ihnen die Ideen und der Wille fehlt sondern weil die Gestaltungsräume eng gesteckt sind.

Am stärksten wirkt die Abhängigkeit von externen Dienstleistern: Rund 70 Prozent der Befragten bewerten sie als eher oder sehr relevanten Hinderungsgrund.

Unmittelbar dahinter folgt der Personalmangel (rund 66 %). Fehlende Fachkräfte und begrenzte zeitliche Ressourcen erschweren es, eigene Kompetenzen aufzubauen oder bestehende Strukturen zu pflegen. So verfestigen sich Abhängigkeiten – nicht nur technisch, sondern auch organisatorisch.

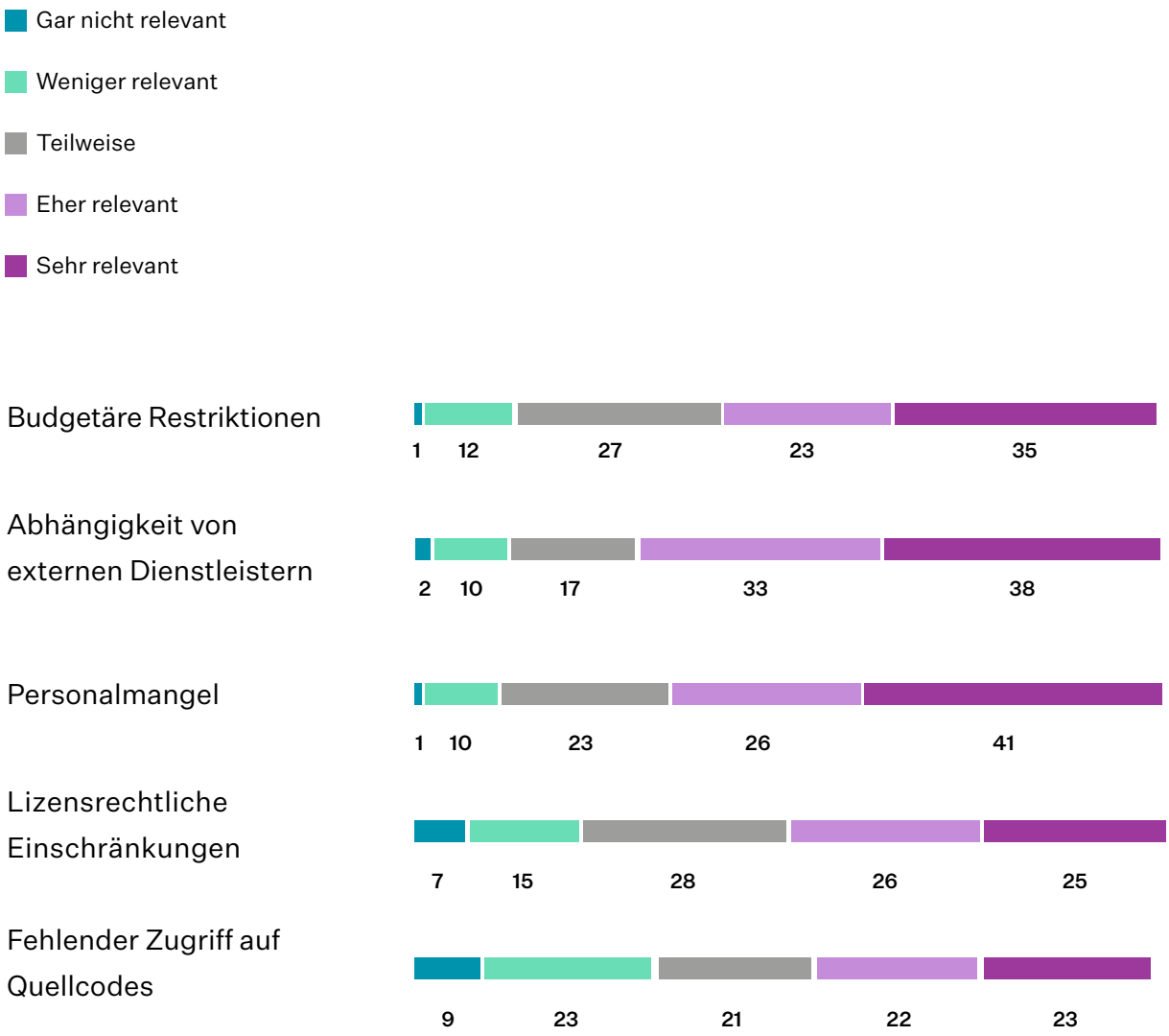
Zitat eines Teilnehmenden:

»Wir brauchen nationale Alternativen unter hoheitlicher Verantwortung – in Hardware, Software und Infrastruktur –, um digitale Abhängigkeiten wirklich zu reduzieren. Gleichzeitig sollten Verhandlungen stärker auf Bundesebene gebündelt werden, statt im föderalen Klein-Klein zu verpuffen. Nur so kann der Staat seine Interessen gegenüber Anbietern mit ausreichender Schlagkraft vertreten.«

Welche Faktoren schränken Ihre Gestaltungsmöglichkeiten ein?

EINSCHRÄNKENDE FAKTOREN

Angaben in %



Budgetäre Restriktionen (59 %) wirken zusätzlich als Bremsklotz. Sie verhindern langfristige Investitionen in Personalaufbau oder den Wechsel auf souveräne Lösungen. Technische und rechtliche Hürden wie lizenzrechtliche Einschränkungen (50 %) und der fehlende Zugriff auf Quellcodes (45 %) schließen den Kreis: Selbst dort, wo Wille und Kompetenz vorhanden wären, fehlen oft die Rechte und Möglichkeiten zur Umsetzung.

Das Ergebnis ist ein Teufelskreis aus Fremdsteuerung und Ressourcenknappheit. Ein Zustand, der digitale Souveränität in der Verwaltung zur Ausnahme statt zur Regel macht.

Souveränität ist kein Zustand, sondern ein Weg

Digitale Souveränität ist kein einmal erreichter Zustand, sondern ein fortlaufender Prozess. Sie entsteht dort, wo Verwaltung bewusst entscheidet, welche Technologien, Daten und Betriebsmodelle sie nutzt – und wo sie die Kontrolle darüber behält. Es geht nicht um vollständige Unabhängigkeit, sondern um Wahlfreiheit, Transparenz und die Fähigkeit, Systeme zu wechseln, wenn sich Anforderungen ändern.

Mit Initiativen wie dem Deutschland-Stack, ZenDiS oder der Bundescloud 2.0 sind die politischen Leitplanken gesetzt. Jetzt gilt es, sie mit Leben zu füllen. MACH unterstützt diesen Weg mit standardisierter, interoperabler und datensouveräner Software „Made in Germany“, die Verwaltungsrealität und strategische Souveränitätsziele verbindet.

Ein Beispiel ist das Bundestemplate – ein modularer, HKR-integrierter Lösungsbaustein, der den Haushalts- und Beschaffungsprozess digital, revisionssicher und datensouverän abbildet. Behörden behalten die Wahl: on-premise, in der Private Cloud oder – wo zulässig – in souveränen Public-Cloud-Umgebungen. Alle Varianten sind auf Datenportabilität, Exit-Fähigkeit und Compliance bis zur Schutzstufe „VS-NfD“ ausgelegt.

So wird Souveränität konkret: durch offene Standards, klar definierte Schnittstellen und eine Architektur, die Flexibilität und Sicherheit verbindet. MACH begleitet Bund, Länder und Kommunen auf diesem Weg – mit Software aus Deutschland, verlässlichen Referenzprozessen und der Überzeugung, dass technologische Unabhängigkeit die Grundlage für eine moderne, resiliente und handlungsfähige Verwaltung ist.

Zwischen Gestaltungsanspruch und Ohnmacht – der schwierige Weg zur digitalen Selbstbestimmung

Der Wunsch, IT-Lösungen an die eigenen Bedürfnisse anzupassen, ist in den Verwaltungen deutlich vorhanden. Jede zweite Verwaltung hält individuelle Konfiguration für wichtig oder sehr wichtig, selbst dann, wenn dies mit höheren Kosten oder geringerer Skalierbarkeit verbunden wäre.

CARSTEN KÖPPL, GESCHÄFTSFÜHRER NEXT:PUBLIC:

»Die Verwaltungen wollen eigene, individuell gestaltete Lösungen und gleichzeitig die Unabhängigkeit von Anbietern bewahren. Die Realität begrenzter Ressourcen macht jedoch klar: Digitale Souveränität ist ein Balanceakt, der ein Mind-Shift bezüglich Prioritäten und Gestaltungsspielräume verlangt.«

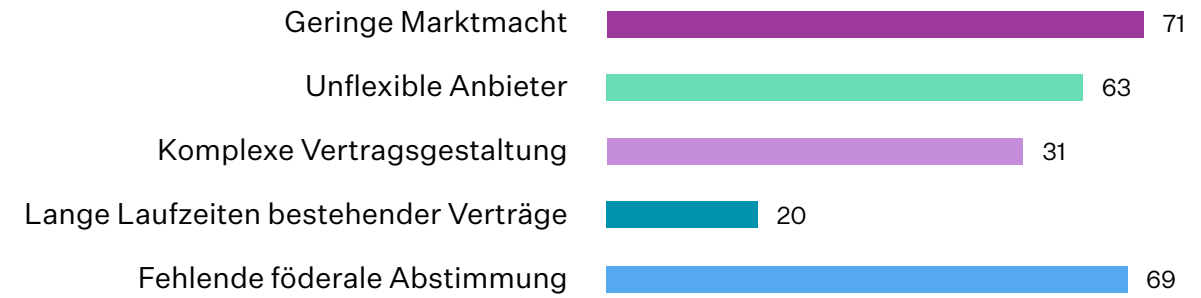
Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit liegt eine breite Kluft. Nur ein Viertel der Verwaltungen gibt an, ihre Anforderungen gegenüber IT-Anbietern häufig oder sehr häufig durchsetzen zu können. Die Mehrheit – knapp 70 % – berichtet dagegen, dass dies nur manchmal, selten oder gar nicht gelingt.

Im Kontext der Ursachenerforschung verweisen die Befragten auf ein vielschichtiges Geflecht struktureller Hemmnisse. Am häufigsten nennen die Befragten eine geringe Marktmacht (71 %) sowie unflexible Anbieterstrukturen (63 %) als zentrale Einschränkungen. Mehr als die Hälfte sieht zudem in komplexen Vertragsgestaltungen (55 %) eine relevante Hürde, die Anpassungen erschwert oder zusätzliche Kosten verursacht.

Welche Hürden bestehen bei der Einflussnahme?

INTERNE ANPASSUNG

Angaben in %



Einen deutlich geringeren, aber dennoch erwähnten Einfluss haben lange Vertragslaufzeiten (20 %), die Spielräume für kurzfristige Veränderungen begrenzen.

Einflussnahme in der Praxis – begrenzte Wirksamkeit bestehender Instrumente

Auch dort, wo Verwaltungen über formale oder organisatorische Hebel verfügen, zeigt sich: Der tatsächliche Einfluss auf Anbieter bleibt begrenzt.

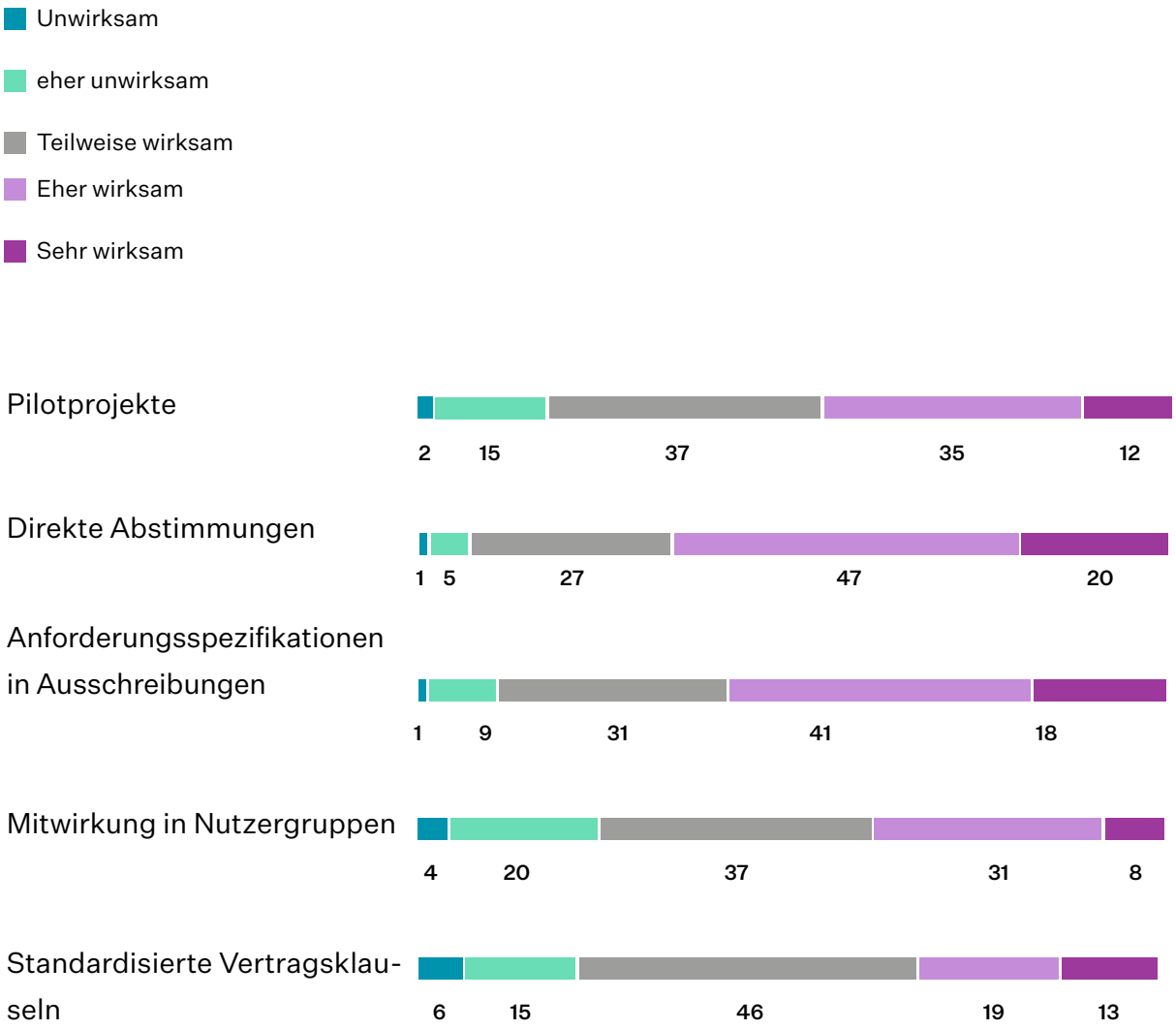
Am wirkungsvollsten werden direkte Abstimmungen mit den Anbietern eingeschätzt: Zwei Drittel der Befragten bewerten sie als eher oder sehr wirksam (66 %). Ähnlich positiv werden Anforderungsspezifikationen in Ausschreibungen beurteilt (60 %). Beide Ansätze setzen auf unmittelbare Kommunikation und klare fachliche Anforderungen und bieten damit vergleichsweise konkrete Ansatzpunkte, um Einfluss zu nehmen.

Pilotprojekte (46 %) und die Mitwirkung in Nutzergruppen (38 %) werden zwar als teilweise wirksam wahrgenommen, bleiben aber häufig in ihrer Reichweite begrenzt. Sie schaffen Austausch und Erfahrungswissen, führen jedoch nicht zwingend zu verbindlichen Veränderungen in Produktstrategie oder Vertragsgestaltung.

Als wie wirksam beurteilen Sie die nachfolgenden Mittel, um auf den Anbieter Einfluss zu nehmen?

WIRKSAMKEIT DER MITTEL

Angaben in %



Am schwächsten schneiden standardisierte Vertragsklauseln ab: Nur rund ein Drittel der Befragten hält sie für eher oder sehr wirksam. Dies deutet darauf hin, dass juristische Instrumente in der Praxis häufig nicht ausreichen, um strukturelle Abhängigkeiten zu kompensieren oder substanzielle Einflussmöglichkeiten zu schaffen.

Exkurs II – Öffentliche IT-Dienstleister *

Öffentliche IT-Dienstleister als Wegbereiter in die Cloud

Die öffentlichen IT-Dienstleister stehen im Zentrum des digitalen Strukturwandels der Verwaltung. Sie übersetzen die strategischen Ziele digitaler Souveränität in konkrete technische Lösungen, insbesondere durch den Aufbau eigener Cloud-Kapazitäten und die Modernisierung gewachsener Infrastrukturen.

Stand der Cloud-Fähigkeit

Die Selbsteinschätzung der IT-Dienstleister zeigt ein deutliches Bild:

- 58 % bewerten ihre Cloud-Kapazitäten als gut oder sehr gut,
- 37 % als mittel,
- nur 5 % verfügen über keine eigenen Cloud-Angebote.

Cloud ist damit längst kein Experimentierfeld mehr, sondern in vielen Häusern produktive Realität. Der Übergang von proprietären Fachverfahren zu modularen, serviceorientierten Cloud-Angeboten schreitet sichtbar voran. Ein Wandel, der nicht nur technologisch, sondern auch organisatorisch neue Rollenverständnisse erfordert.

Up in die Cloud

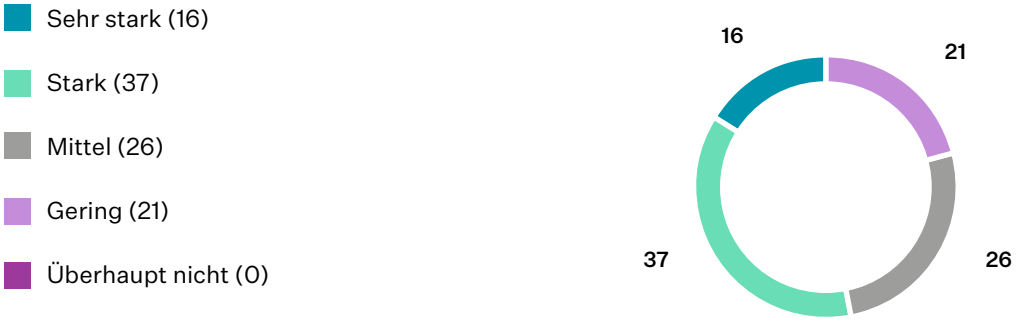
Die Ausbaupläne der IT-Dienstleister unterstreichen diese Dynamik: Mehr als die Hälfte (53 %) plant einen starken oder sehr starken Ausbau ihrer Cloud-Kapazitäten, weitere 26 % einen mittleren. Kein einziger Dienstleister beabsichtigt, den Ausbau zu stoppen. Das signalisiert einen klaren Trend: Der Aufbau souveräner Cloud-Infrastrukturen wird als Kernaufgabe verstanden – sowohl für die eigene Modernisierung als auch zur Befähigung der Verwaltungen, Cloud-Angebote sicher und standardisiert zu nutzen.

* Die Befunde der Exkurse basieren auf einem eigenständigen Fragenblock, der nur von öffentlichen IT-Dienstleistern beantwortet wurde.

Wie stark planen Sie Ihre Cloud-Kapazitäten in naher Zukunft auf- oder auszubauen?

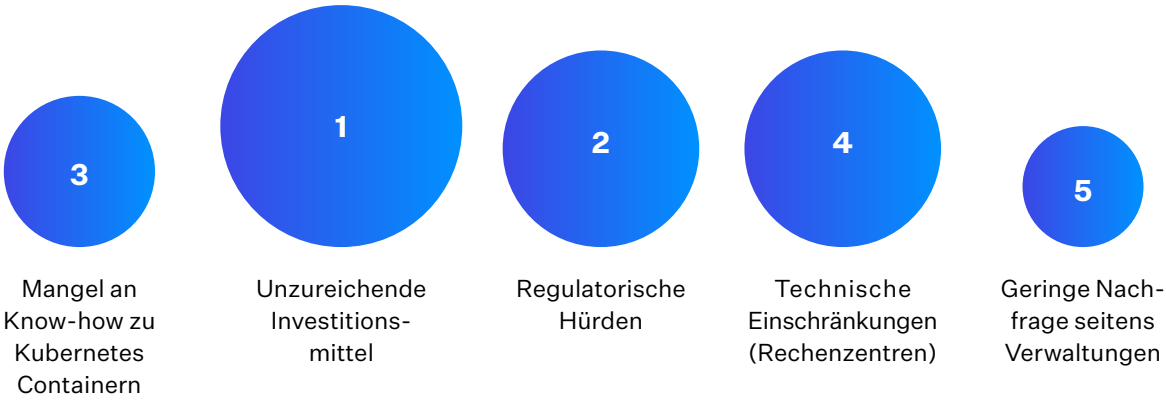
PLANUNG CLOUD-KAPAZITÄT

Angaben in %



Herausforderungen im Ausbau

Trotz dieser Fortschritte bleibt der Weg anspruchsvoll. Die größten Hürden liegen nach Einschätzung der Befragten weniger im Willen als in den Rahmenbedingungen. An erster Stelle stehen unzureichende Investitionsmittel, gefolgt von regulatorischen Anforderungen, die Standardisierung und Skalierung erschweren. Hinzu kommen fehlendes Know-how zu containerbasierten Architekturen, technische Limitierungen bestehender Rechenzentren und eine teils noch verhaltene Nachfrage seitens der Verwaltungen.



Diese Faktoren verdeutlichen: Der Wandel von proprietärer IT zu Cloud-Strukturen erfordert nicht nur Technologieoffenheit, sondern auch koordinierte politische und finanzielle Unterstützung.

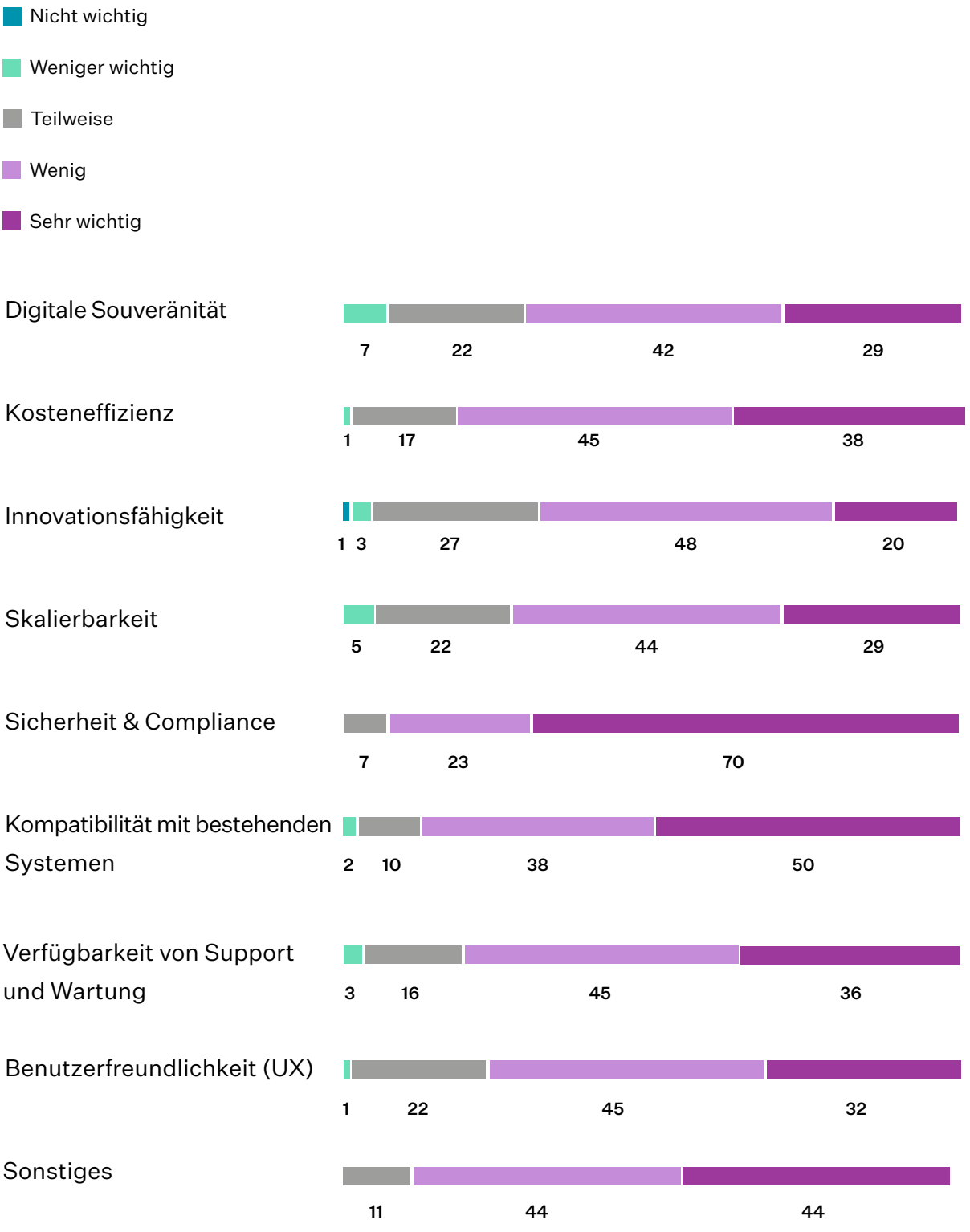
#4 Viele Wünsche und einige Maßnahmen

Bei der Auswahl von neuen IT-Lösungen, stehen die Verwaltungen vor der Aufgabe, technische, wirtschaftliche und strategische Ziele miteinander zu verbinden. Die Befragung zeigt dabei: Stabilität und Verlässlichkeit dominieren, während digitale Souveränität oder Innovation zwar eine ausgeprägte Stellung einnehmen, aber seltener als entscheidendes Kriterium bei der Auswahl berücksichtigt werden.

Wie wichtig sind Ihnen die folgenden Ziele bei der Auswahl und Nutzung von IT-Lösungen?

AUSWAHL VON IT-LÖSUNGEN

Angaben in %



Auf die Frage „Wie wichtig sind Ihnen die folgenden Ziele bei der Auswahl und Nutzung von IT-Lösungen?“ antworten 93 % der Befragten, dass Sicherheit und Compliance für sie sehr wichtig oder wichtig ist. Dicht dahinter folgen die Kompatibilität mit bestehenden Systemen (88 %) und die Kosteneffizienz (82 %), die den Fokus auf den reibungslosen Betrieb und wirtschaftliche Tragfähigkeit verdeutlichen.

Ebenfalls stark gewichtet werden die Verfügbarkeit von Support und Wartung (81 %) sowie die Benutzerfreundlichkeit (UX) (77 %). Beide unterstreichen, dass nicht nur die Technik, sondern auch der laufende Betrieb und die Nutzbarkeit entscheidend sind.

Im mittleren Bereich der Prioritäten liegen Skalierbarkeit (73 %) und digitale Souveränität (71 %). Am seltensten wird die Innovationsfähigkeit (68 %) als bedeutend eingestuft.

Maßnahmen zur Stärkung digitaler Souveränität

Wie aber planen die Verwaltungen, ihre digitale Souveränität konkret zu stärken? Die Antworten auf die Frage zeigen ein breites Spektrum an Ansätzen. Von technischen Maßnahmen über organisatorische Beteiligung bis hin zu Bewusstseinsbildung innerhalb der eigenen Häuser. Die Antworten zeigen aber auch, dass es nicht den einen Ansatz gibt, sondern dass digitale Souveränität nur über eine Kombination aus verschiedenen Instrumenten erreicht werden kann.

Welche der folgenden Maßnahmen verfolgt Ihre Institution zur Stärkung digitaler Souveränität?

Zur Stärkung der Digitalen Souveränität setzen die Befragten am häufigsten auf die Nutzung souveräner Cloud-Angebote öffentlicher IT-Dienstleister (60,8 %). Etwa die Hälfte verfolgt ergänzend die Förderung oder Nutzung von Open Source Software (50,5 %) und die Umstellung auf europäische bzw. deutsche IT-Anbieter (50,5 %). Knapp die Hälfte der Befragten (46 %) gibt zudem an, dass sie eine eigene Cloud-Infrastruktur (Self-hosting) plant oder bereits betreibt.

Neben der technischen Komponente fokussieren sich die Verwaltungen aber auch auf organisatorische und vertragliche Ansätze: So beteiligt sich mehr als die Hälfte der Verwaltungen (53,6 %) aktiv an strategischen IT-Gremien oder Nutzergruppen, um Anforderungen gemeinschaftlich zu adressieren. Rund 39 % setzen Vertragsklauseln zur Datenhoheit oder Anbieterbindung ein, um formelle Rahmenbedingungen für mehr Eigenständigkeit zu schaffen. Ergänzend fördern 38 % die interne Sensibilisierung und Weiterbildung zur digitalen Souveränität, während 36 % bewusst auf bestimmte internationale Plattformanbieter verzichten.

Nur 8 % der Verwaltungen geben an, derzeit keine konkreten Maßnahmen zur Stärkung digitaler Souveränität zu verfolgen. Ein Hinweis darauf, dass das Thema inzwischen breit in den Strategien der öffentlichen IT verankert ist.

Souveräne Cloud braucht souveräne Organisation

Digitale Souveränität wird in der Verwaltung oft auf Technologien reduziert. Doch eine souveräne Zukunft entsteht nicht durch neue Plattformen, sondern durch Verwaltungen, die Entscheidungen treffen, Verantwortlichkeiten klären, Abhängigkeiten in der IT-Infrastruktur ehrlich bewerten und mutig alte Strukturen hinter sich lassen. Die Studie zeigt deutlich: Die größten Hürden liegen nicht in Technologien wie KI oder Cloud – sondern in der Organisation und bei den Menschen, die sie nutzen sollen.

Souveräne Cloud bedeutet: Die Verwaltung behält die Kontrolle über Daten, Prozesse, Abhängigkeiten, Architekturentscheidungen und ihr eigenes Tempo. Das entsteht nicht automatisch durch die Wahl eines europäischen Anbieters, sondern durch moderne Governance, klare Regeln und Teams, die befähigt wurden, souverän zu entscheiden und zu handeln.

Als Public Digital Engineers sehen wir täglich: Technologie ist bereit – Organisationen oft nicht. Deshalb verbinden wir Cloud-Expertise mit Organisationsdesign. Wir schaffen Entscheidungsmodelle, die Geschwindigkeit und Sicherheit ermöglichen. Wir definieren Rollen, die Verantwortung stärken, schaffen Klarheit über Risiken, Abhängigkeiten und Wege aus dem Vendor Lock-in. Und wir befähigen Verwaltungsteams, souveräne Cloudlösungen selbstbestimmt zu steuern statt nur zu betreiben.

Digitale Souveränität ist kein Technikprojekt. Sie ist eine Führungsaufgabe und die Voraussetzung für eine Verwaltung, die unabhängig, resilient und handlungsfähig bleibt. Wer souveräne Cloud nutzen will, muss souveräne Entscheidungen fällen können und dürfen. Genau dabei unterstützen wir.

Handlungsempfehlungen

Die öffentliche Verwaltung befindet sich mitten in einem tiefgreifenden technologischen Wandel: Der Übergang von proprietären Systemen hin zu Cloud-Diensten verändert die Art, wie IT-Lösungen entwickelt, betrieben und genutzt werden und damit auch, wie Souveränität gedacht werden muss.

Digitale Souveränität entsteht nicht automatisch im Zuge dieser Transformation. Sie muss bewusst gestaltet werden. In Architekturentscheidungen, in Ausschreibungen, in Betriebsmodellen und in der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, öffentlichen IT-Dienstleistern und Politik.

Digitale Souveränität als verbindliches Steuerungsziel festlegen

Digitale Souveränität sollte in Verwaltungen nicht nur als Leitbild, sondern als messbares Steuerungsziel etabliert werden. Dazu gehört, sie in Strategien, Haushaltsprozessen und IT-Governance-Strukturen verbindlich zu verankern. Jede Investitionsentscheidung, ob Softwarebeschaffung, Cloud-Nutzung oder IT-Betrieb, sollte einer Souveränitätsprüfung unterzogen werden: Wo liegen Daten? Wer kontrolliert die Infrastruktur? Welche Abhängigkeiten entstehen? So wird Souveränität zu einem überprüfbaren Qualitätskriterium und nicht zu einer abstrakten Vision.

Kompetenzen gezielt aufbauen und Souveränität erlernbar machen

Digitale Souveränität entsteht nicht allein durch Technik, sondern vor allem durch Menschen. Schulungen, Weiterbildungen und Sensibilisierungskampagnen helfen, Souveränität im Verwaltungshandeln zu verankern. Es braucht ein gemeinsames Verständnis davon, was souveräne IT bedeutet – von der Vergabestelle über die Fachabteilung bis zur IT-Leitung. Nur wenn Kompetenz und Bewusstsein wachsen, wird Souveränität zur gelebten Praxis.

Strategische Kooperationen und gemeinsame Standards fördern

Souveränität wächst durch Zusammenarbeit. Der Aufbau gemeinsamer Plattformen, föderaler Standards und interoperabler Schnittstellen schafft die Grundlage für Wiederverwendung und Skalierbarkeit. Bund, Länder und Kommunen sollten stärker in strategische Gremien, Nutzergruppen und gemeinsame Entwicklungsinitiativen investieren. Damit ist nicht ein weiteres Gremium für das Wimmelbild des Normenkontrollrats gemeint, sondern eine handlungsfähige Gemeinschaft, die einen Rahmen festlegt.

Öffentliche IT-Dienstleister gezielt befähigen und in die Pflicht nehmen

Die öffentlichen IT-Dienstleister sind zentrale Akteure für die digitale Souveränität der Verwaltung. Aber sie benötigen dafür klare politische und finanzielle Rückendeckung. Ihre Gesellschafter, meist Kommunen oder Länder, müssen sie gezielt befähigen, souveräne Cloud-Angebote bereitzustellen und weiterzuentwickeln. Gleichzeitig braucht es verbindliche Aufträge, diese souveränen Infrastrukturen auch tatsächlich für Länder und Kommunen nutzbar zu machen. Nur wenn Befähigung und Verpflichtung ausbalanciert sind, kann der öffentliche IT-Sektor seine strategische Rolle voll entfalten.

Den Deutschland-Stack als Rückgrat souveräner Verwaltungs-IT ausgestalten

Der Deutschland-Stack, wie er in der Modernisierungsagenda des Bundesministeriums für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) skizziert ist, kann zum Fundament einer souveränen Verwaltungsdigitalisierung werden, wenn er offen, interoperabel und föderal anschlussfähig umgesetzt wird. Verwaltungen sollten die Chance nutzen, ihre Anforderungen aktiv in die Ausgestaltung einzubringen und dafür zu sorgen, dass Sicherheits-, Daten- und Betriebsstandards einheitlich definiert sind. Ein konsistent ausgestalteter Stack vermeidet parallele Insellösungen und schafft einheitliche Rahmenbedingungen für Bund, Länder und Kommunen.

Cloud-Strategien bündeln

In Bund, Ländern und Kommunen entstehen derzeit zahlreiche neue Cloud-Initiativen – oft mit ähnlichen Zielen, aber ohne durchgängige Abstimmung. Das Risiko (in bewährter deutscher IT-Tradition): eine zunehmende Fragmentierung, höhere Komplexität und letztlich stärkere Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern.

Statt vieler paralleler Insellösungen braucht es gemeinsame Architekturen, klare föderale Leitplanken und die Bereitschaft, Cloud-Kapazitäten strategisch zu bündeln. Nur so kann ein souveränes, skalierbares und langfristig tragfähiges Cloud-Ökosystem für die öffentliche Verwaltung entstehen.

Partnerdarstellungen

Dataport

Dataport ist IT-Dienstleister für die öffentliche Verwaltung. Das Unternehmen begleitet den öffentlichen Sektor als Partner in allen Digitalisierungsvorhaben von der ersten Idee bis zum sicheren Betrieb. Dazu kooperiert Dataport mit Anbietern aus der Region und unterstützt die föderale IT-Kooperation. Als Anstalt öffentlichen Rechts wird Dataport getragen von den Ländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein sowie vom kommunalen IT-Verbund Schleswig-Holstein. Dataport hat rund 5.900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und erzielte 2024 einen Umsatz von 1,42 Milliarden Euro.

→ **www.dataport.de**

govdigital – Genossenschaft öffentlicher IT-Dienstleister

Unsere 30 Mitglieder sind IT-Dienstleister im Besitz von Bund, Ländern und Kommunen. Die govdigital wurde gegründet, um die Zusammenarbeit dieser Dienstleistungsunternehmen im Interesse der gesamtstaatlichen Verwaltungsdigitalisierung zu vereinfachen, zu beschleunigen und gemeinsame Innovationsprozesse zu etablieren und umzusetzen.
Centres for Excellence gegründet und beschäftigt sich in Forschung, Lehre und Praxisarbeit mit den Möglichkeiten und Herausforderungen der digitalen Transformationen in Staat und Verwaltung.

→ **www.govdigital.de**

Infora GmbH

Die Infora GmbH ist seit über 40 Jahren der zuverlässige Partner für die öffentliche Verwaltung. Wir beraten Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden in Strategie-, Organisations- und Digitalisierungsprojekten: beim Onlinezugangsgesetz und in weiteren E-Government-Bereichen, in Personalbedarfsermittlungen, beim Prozessmanagement, Optimierung von Aufbaustrukturen, der Einführung der eAkte, IT-Governance sowie der Entwicklung von Strategien mit Blick auf die heutigen Herausforderungen. Auch vermeintlich „weiche“ Themen wie das Change- und Akzeptanzmanagement oder die Organisationskultur (z. B. New Work) zählen zu unserem Leistungsportfolio.
Unsere Unterstützungsleistungen reichen von der punktuellen Beratung bis zum ganzheitlichen Management von bundesweiten Großprojekten mit mehrjähriger Laufzeit. Dabei legen wir immer großen Wert auf eine enge Verknüpfung von organisatorischer und technologischer Beratung sowie ein hohes Maß an Individualität für Anforderungen.

→ **www.infora.de**

Kompetenzzentrum Öffentliche IT

Das Kompetenzzentrum Öffentliche Informationstechnologie (ÖFIT) am Fraunhofer-Institut für offene Kommunikationssysteme FOKUS versteht sich als Ansprechpartner und Denkfabrik für Fragen der öffentlichen IT und untersucht staatliche Gestaltungs- und Regulierungsanforderungen zur Digitalisierung im öffentlichen Raum. Dabei wird ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt, der sowohl technische als auch gesellschaftliche, rechtliche und wirtschaftliche Aspekte und Einflussfaktoren berücksichtigt. In unterschiedlichen Publikationsformaten werden Fragestellungen im Zusammenhang mit der fortschreitenden Digitalisierung unserer Gesellschaft analysiert und Handlungsempfeh-

lungen für Politik und Entscheidungsträger aus Verwaltung und Zivilgesellschaft erarbeitet. So erschien jüngst eine empirische Analyse zur digitalen Souveränität der Bundesverwaltung bei Projekten mit generativer KI. Auch werden regelmäßig Trendanalysen mit Fokus auf Souveränitätsfragen durchgeführt.
Das Kompetenzzentrum wird vom Bundesministerium des Innern gefördert.

→ **www.oeffentliche-it.de**

MACH – Partner für souveräne Verwaltungssoftware

MACH ist der Digitalisierungspartner der öffentlichen Verwaltung – seit über 40 Jahren. Unsere Software-Lösungen für Finanz-, Personal-, Antrags- und Prozessmanagement schaffen die Grundlage für effiziente, transparente und rechtssichere Verwaltungsarbeit. Entwicklung und Betrieb erfolgen vollständig in Deutschland – für Unabhängigkeit, Datensicherheit und digitale Souveränität. Mit offenen Standards, technischer Resilienz und langjähriger Expertise unterstützt MACH Bund, Länder, Kommunen, Hochschulen, Kirchen und Stiftungen bei der Modernisierung ihrer IT und gestaltet den souveränen Staat von morgen aktiv mit.

→ **www.mach.de**

Materna

Materna ist ein führender IT-Dienstleister für die öffentliche Verwaltung und begleitet Behörden bei der Umsetzung digitaler Strategien. Unser Fokus liegt auf souveränen Cloud-Lösungen, die höchste Anforderungen an Datenschutz, Datensicherheit und europäische Compliance erfüllen. Durch den Einsatz von Open-Source und Multi-Cloud-Architekturen fördern wir die digitale Souveränität mit dem Ziel, Abhängigkeiten zu reduzieren und mehr Kontrolle über Daten in Deutschland und der EU zu ermöglichen. Mit modernen Technologien wie Kubernetes und Cloud-nativen Ansätzen schaffen wir flexible, sichere und zukunftsfähige IT-Infrastrukturen.

→ **www.materna.de**

Next e.V.

Der NExT e. V. ist eine gemeinnützige Plattform aus der Verwaltung für die Verwaltung und steht für einen aktiven Austausch und gemeinsames voneinander und miteinander lernen rund um Themen des digitalen Wandels. Als parteipolitisch unabhängiges Netzwerk im öffentlichen Dienst bringt er Beschäftigte aus Bund, Ländern und Kommunen sowie deren nachgeordneten Behörden, Anstalten und Körperschaften über Hierarchien, Ressorts und föderale Grenzen hinweg zusammen, um mit ihnen gemeinsam die digitale Transformation der Verwaltung zu gestalten. Dafür bietet er mit seinen Veranstaltungen geschützte Räume für die öffentliche Hand. In ihren Werkstätten und Communities erarbeitet das Netzwerk konkrete und anwendungsorientierte Hilfsmittel, stellt diese der Verwaltung bereit und schafft Rahmenbedingungen für gemeinsame Projekte, um diese durchzuführen. So beschleunigen sie den digitalen Wandel der Verwaltung und helfen dabei, ihn einfach und sicher zu gestalten.

→ **www.next-netz.de**

Redaktion

Projektleitung und Redaktion: Carsten Köppl & Michael Fulde, next:public

Design: Johanna Heyne, next:public

Datenaufbereitung & Datenauswertung

Michael Fulde, next:public

Wissenschaftliche Begleitung:

Dr. Mike Weber, Stellvertretender Leiter,
Kompetenzzentrum Öffentliche IT (ÖFIT)

Impressum

next:public GmbH | Gontardstr. 11 | 10178 Berlin

Geschäftsführer: Carsten Köppl

Amtsgericht Berlin Charlottenburg | HRB 190636 B

→ **https://nextpublic.de/studien-research/souveraenitaetsbarometer/**

Veröffentlichung 16. Dezember 2025